

Ralph Friedländer neu beim European Jewish Congress

Dienstag, 27. Okt 2020

Mit Ralph Friedländer nimmt neu der Vizepräsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds SIG Einsitz in die Exekutive des European Jewish Congress EJC. Heute fand die virtuelle EJC-Generalversammlung mit Gesamterneuerungswahlen statt. Weitere Themen waren die Auswirkungen der Coronapandemie auf die jüdische Gemeinschaft und die Antisemitismus-Definition der IHRA.



Die heutige Generalversammlung des EJC musste sich ebenfalls der Coronapandemie beugen. Sie musste zum ersten Mal virtuell abgehalten werden. Der SIG war durch SIG-Präsident Ralph Lewin und SIG-Vizepräsident Ralph Friedländer vertreten. An der Versammlung standen Gesamterneuerungswahlen an. So wurde die 15-köpfige Exekutive neu gewählt. Neuer Vertreter -der Schweiz im europäischen Dachverband ist der Berner Ralph Friedländer, der erst vergangene Woche zum SIG-Vizepräsidenten gewählt wurde. Er folgt auf Herbert Winter, der den SIG zwölf Jahre lang in der Organisation vertreten hatte und am 18. Oktober 2020 sein Amt niederlegte. Friedländer wird ab heute gemeinsam mit seinen Kollegen und Kolleginnen aus verschiedenen europäischen Ländern die Geschicke des europäischen Judentums mitbestimmen.

Coronapandemie im Fokus

Im inhaltlichen Teil der Versammlung wurden natürlich auch die Auswirkungen der Coronakrise diskutiert. Die jüdische Gemeinschaft in ganz Europa muss sich seit dem Frühling dieses Jahres dieser Herausforderung stellen und neue Wege im organisierten Gemeindeleben bestreiten. SIG-Präsident Ralph Lewin legte dar, wie die jüdische Gemeinschaft der Schweiz mit der Pandemie umgeht und welche Schwierigkeiten und Schritte absehbar sind.

Antisemitismus-Definition der IHRA

Auf der Agenda stand auch die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA. Die beiden SIG-Vertreter konnten über die entsprechenden Entwicklungen in der Schweiz berichten. So wird in Kürze als Folge eines Postulats von



Ständerat Paul Rechsteiner ein entsprechender Bericht des Bundesrates erwartet, der den Umgang der Schweiz mit der Definition erörtern soll.